

# Einen inklusiveren Kulturbegriff entwickeln!

Autor(en): **Holder, Patricia**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin**

Band (Jahr): **18 (2011)**

Heft 201

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-884696>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# EINEN INKLUSIVEREN KULTURBEGRIFF ENTWICKELN!

Das Programm «Interkultur» von Mark Terkessidis fordert eine «radikale interkulturelle Öffnung». Ein Gespräch mit dem Autor über Ausländerstimmrecht, sein Amüsement im Theater und Neoliberalismus.

VON PATRICIA HOLDER

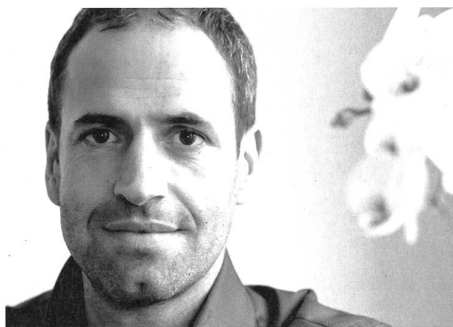


Bild: pd

SAITEN: Sie waren in den letzten Wochen von Stadttheater zu Stadttheater unterwegs. Woher kommt das grosse Interesse am Thema Interkultur?

MARK TERKESSIDIS: Naja, einerseits gibt es tatsächlich ein genuines Interesse, auf die Veränderungen in der Stadtgesellschaft zu reagieren. Diesen Prozess hat man ja mitbekommen, und man fängt jetzt an nachzudenken, wie man die Vielfalt, die man beobachtet hat, genauer in den Blick nehmen kann. Andererseits suchen die meisten Theater auch nach einer neuen Legitimation: Das Theater als Ort der Aufklärung, der Emanzipation, die moralische Anstalt, das bürgerliche Haus und so weiter, all diese Kategorien inklusive Avantgarde kommen zunehmend ins Schwimmen, und man weiss nicht mehr genau, was diese Kunst eigentlich will, die man dort betreibt. Die Theater stehen auch von aussen unter Druck: In Zeiten zunehmender Finanzknappheit werden einerseits Kürzungen, andererseits aber auch neue Aufgaben an sie herangetragen, und da sieht man im Programm «Interkultur» eine neue Legitimationsstrategie – für die Kunst wie auch gegenüber den Ansprüchen von kommunaler oder staatlicher Seite.

In Ihrem Buch kommt auch Ihr Vater vor, der mit dem Theater schlechte Erfahrungen gemacht hat. Geht es Ihnen da besser?

Also, es ist sicher nicht so, dass ich gar nicht ins Theater gehen würde. Ob ich mich da immer gut unterhalte, weiss

ich nicht genau. Ich habe schon deswegen manchmal Probleme mit dem Amüsement, weil diese Räume so wahnsinnig beengt sind. Dann habe ich lange in Köln gelebt, wo das Theater eine sehr konservative Angelegenheit gewesen ist. Das ist in Berlin anders. Aber ich finde, man kann die Veränderung und die Reflexionen noch weitertreiben.

Das erste Kapitel von «Interkultur» beginnt mit einem Blick aus Ihrem Fenster in Kreuzberg. War Berlin wichtig für das Buch?

Gute Frage. Es gibt eine persönliche Erfahrung, die sicher mit dem Umzug nach Berlin zu tun gehabt hat: die Geburt meines Sohnes, die einen zwangsläufig mit sehr vielen unterschiedlichen Leuten in Kontakt bringt – viel mehr, als wenn man keine Kinder hat. Den Blick aus dem Fenster hätte ich aber in einem anderen Viertel in Köln oder Stuttgart oder Gott weiss wo genauso werfen können. Nun habe ich in Köln in einem Viertel gewohnt, welches das genaue Gegenteil von Kreuzberg war. Und diese Konfrontation spielt im Buch auch eine gewisse Rolle. Also persönliche Erfahrungen möglicherweise ja, aber es hängt nicht an Berlin.

Anders gefragt: Milo Rau, der Sie für «City of Change» im Mai nach St.Gallen eingeladen hat, lebt ebenfalls in Berlin. Dort wirbt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Berlin Partner seit 2008 mit einer Marketingkampagne gleichen Namens.

Ist die Grossstadt ein notwendiger Bezugspunkt für ein Projekt, das sich mit Wandel beschäftigt?

Ich weiss nicht, ob es an der Grösse liegt. Es gibt in Deutschland Städte wie meinetwegen Solingen oder Hagen oder Heilbronn oder wie sie alle heissen, die, was ihre Vielheit betrifft, ohne Probleme mit Berlin oder Köln konkurrieren könnten. Die Frage ist, sind sie in der Lage, dieses Potenzial und die Verbindungslinien, die in alle Welt führen, auch zu nutzen? Diese Städte könnten sich genauso gut als City of Change in den Mittelpunkt stellen und sagen, wir machen jetzt, meinetwegen auch im Sinne von Städtemarketing, eine Kampagne, wo wir uns als Speerspitze der Diversity in Deutschland oder der Schweiz oder Europa begreifen – das wäre im Grunde kein Problem, sie tun es nur nicht.

«City of Change» fragt nach politischen Gestaltungsmöglichkeiten. Sie haben in Deutschland Anfang 2000 ähnliche Forderungen nach einem Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten formuliert. Was hat sich dort seither verändert?

Das sind vor allem zwei Dinge: 1998 die Anerkennung, dass Deutschland de facto ein Einwanderungsland ist, und 2000 eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Man kann lange diskutieren, dass diese Reform nicht weit genug gegangen ist. Aber es war eine substantielle Änderung insofern, dass in Deutschland geborene Kinder, deren Eltern eine bestimmte Zeit dort gelebt haben, die deutsche Staatsangehörigkeit jetzt automatisch bekommen. Das hat vieles verändert. Gleichzeitig gibt es in Deutschland sieben Millionen Menschen mit einem ausländischen Pass und einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 17,7 Jahren. Ein Witz eigentlich, dass die immer noch Ausländer sind. Auch, dass es, ähnlich wie in der Schweiz, eine Sondergesetzgebung gibt für eine bestimmte Gruppe der Gesellschaft, ist mit Demokratie nicht wirklich zu vereinbaren.

Im Herbst gab es in den Kantonen Basel-Stadt und Bern Abstimmungen über ein sogenanntes Ausländerstimmrecht. Das wurde mit einer Wahlbeteiligung von unter fünfzig Prozent hoch abgelehnt.

Es ist eben ein Fehler, darüber abstimmen zu lassen. Es gibt unveräusserliche Rechte, und die Tatsache, wer dazugehört und wer nicht, kann kein Gegenstand von Abstimmungen sein. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle hat kürzlich in einem Interview gesagt, wer hier hingehört und wer nicht, das bestimmt der Bundestag. Das ist falsch. In Deutschland gibt es Anspruchseinbürgerungen, und dafür muss es transparente Regeln geben, die nicht verhandelbar sind. Diese Art von Abstimmungen widerspricht meiner Vorstellung von Demokratie.

Man müsste also eher diskutieren, was Demokratie eigentlich bedeutet?

Ja, klar. Was unveräusserliche Rechte sind. Und welche Rechte in einer zunehmend mobilen Gesellschaft an den Wohnort gekoppelt sind. Da, wo ich besteuert werde, müsste ich eigentlich auch Rechte haben – no taxation without representation, das ist eine alte Forderung der USA. Ich habe zum Beispiel eine Zweitwohnung in Köln, für die mich die Stadt Köln besteuert. Gleichzeitig darf ich in Köln aber nicht wählen. Was verrückt ist, denn wenn ich Steuern bezahle in Köln, bedeutet es ja, ich bin da irgendwie. Das Problem betrifft auch über die Landesgrenzen hinaus immer mehr Leute. Man könnte mit viel mehr Fantasie überlegen, wie man diese Dinge pragmatisch regelt, auch in dem Sinne, dass

Leute kurzfristig partizipieren können, wenn sie irgendwo sind. Wir wissen, dass immer weniger Leute zu Wahlen gehen, weil sie von den Wahlen sowieso nichts mehr erwarten. Und es gibt immer mehr Leute, die sich für den Streichelzoo um die Ecke einsetzen. In ihrer Nahumgebung, wo sie das Gefühl haben, auch etwas zurückzubekommen, einen Spielplatz oder ein Kulturzentrum oder was weiss ich, sind die Leute stark bereit, sich zu engagieren. Aber nicht für Wahlen.

Ihr Buch setzt bei der Kultur an.

Die alte Idee von interkultureller Öffnung hat nur ganz bestimmte Institutionen einbezogen – die Sozialdienste, das Gesundheitssystem und die Verwaltung. Da dachte man, das sind die Institutionen, die mit Migranten zu tun haben, und man stattet dann den einheimischen Mitarbeiter mit interkultureller Kompetenz aus, damit das Ganze ein bisschen besser läuft. Interkulturelle Öffnung beinhaltet aber viel mehr, die Veränderung der Organisationskultur, des Personalbestands et cetera. Auch der Kulturbereich, also das, was in Deutschland weiterhin wahlweise als etwas sehr Deutsches oder aber sehr Internationales wahrgenommen wird, braucht interkulturelle Öffnung. Die Kultur ist ein Bereich, in dem sehr stark über das Selbstverständnis einer Gesellschaft verhandelt wird. Wenn es darum geht, die letzten Reste von Nation zu definieren, dann geht es immer um unsere Sprache und unsere Kultur. Gerade die Kulturinstitutionen in ihrer Dynamik wären doch in der Lage, einen anderen Kulturbegriff zu entwickeln, einen inklusiveren, relationaleren. Wir stehen da noch vor einer Aufgabe, weil wir im Grunde die ganze Diskussion über kulturelle Diversität wahlweise aus Grossbritannien oder den USA importiert haben.

Wie verhält sich Diversität zur Interkultur?

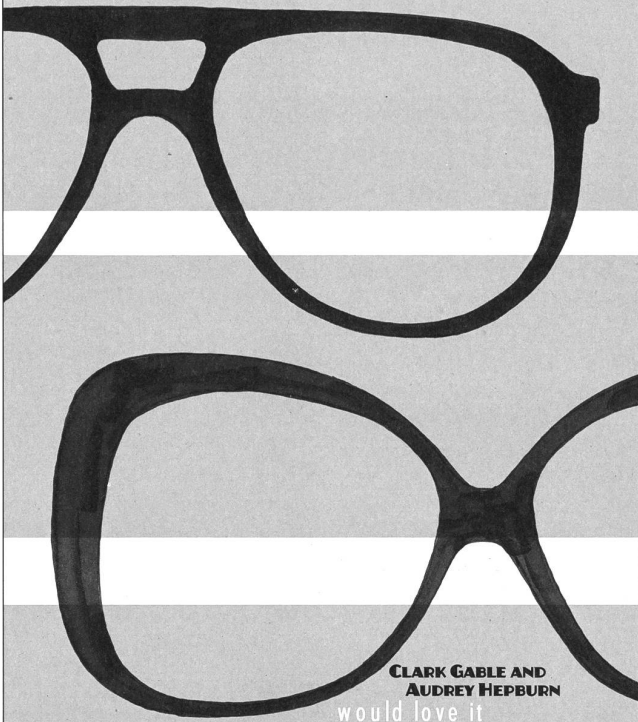
Diversität, Vielheit, ist eigentlich mehr eine Bestandsaufnahme. Und Interkultur ist ein strategisches Programm mittlerer Reichweite, mit dem man die Institutionen der Gesellschaft auf diese Zustandsbeschreibung hin abklopft: Sind diese Institutionen so, dass sie der neuen Vielheit der Gesellschaft gerecht werden? Im Englischen wäre das der Unterschied zwischen diversity mit kleinem D und mit grossem D – Diversity mit grossem D wäre das, was ich, weil es den Begriff schon gab, Interkultur nenne.

Der Begriff Diversity ist ja recht unbeliebt bei den Linken. Da geht es um die Ökonomisierung von Differenz beziehungsweise um den Neoliberalismus.

Der Neoliberalismus ist ja nicht nur ein Programm zur Herstellung von Ungleichheit, sondern hat auch spezifische Gerechtigkeitsvorstellungen, nämlich dass im rat race der Konkurrenz alle die gleichen Voraussetzungen haben müssen, damit sie miteinander konkurrieren können. Diese Voraussetzungen muss ich aber herstellen. Auf der anderen Seite geht es um Eigenverantwortung, und die kann ich nicht fordern und gleichzeitig total autoritäre Strukturen aufrechterhalten, wie das die Konservativen in Deutschland oder in der Schweiz gerne hätten. Ich bin kein Anhänger neoliberaler Politik, ich sehe aber, dass die Linke in Deutschland schon vor zehn Jahren geschrien hat, alles ist neoliberal, alles ist neoliberal, und dass es auch Entwicklungen in diese Richtung gibt, Deutschland aber trotzdem ein Land ist, das extrem stark von neofeudalen Strukturen bestimmt ist. Und da kann ich den Neoliberalismus als Argument benutzen, indem ich sage, gut, wir akzeptieren die Konkurrenz, aber

viener  
optik

vision care center | st.gallen



CLARK GABLE AND  
AUDREY HEPBURN  
would love it

viener optik | vision care center | schmidgasse 35 | 9001 st.gallen  
t 0000 82 11 44 | f 071 223 54 05 | info@viener.ch | www.viener.ch



Metzgergass 26  
9000 St.Galle



Mi-Fr 14-18 Uhr, Sa 9-16 Uhr  
Taastrasse 11, 9113 Degersheim

solitüdenstrasse 2 9012 st.gallen  
telefon 071 278 14 40 fax 071 278 14 43  
blumen@schnittstell.ch

**schnittstell**  
garten

# Da, wo ich besteuert werde, müsste ich auch Rechte haben – no taxation without representation, das ist eine alte Forderung der USA.

dann kann es nicht sein, dass ihr den ganzen Tag Leistung predigt, diese Leistung aber egal ist, wenn Leute eine bestimmte soziale oder ethnische Herkunft haben. Und ihr euch die Posten in bestimmten Bereichen ohne Leistung zuschiebt.

Ein typischer Kritikpunkt an dieser Argumentation bezieht sich auf die sozioökonomische Situation und ihren Einfluss auf die Zugangsmöglichkeiten.

In den USA ist es eine vieldiskutierte Frage, ob und inwiefern Diversity-Programme den Klassenhintergrund berücksichtigen und in der Lage sind, soziale Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Wenn jemand von vornherein keinen Zugang hat, kann man natürlich viele Diversity-Programme machen. Ich habe Schwierigkeiten, das ständig gegeneinander auszuspielen. Interkultur behandelt ein spezifisches Problem und macht Vorschläge, wie man dieses im institutionellen Komplex angehen kann. Natürlich beantwortet das erstmal nicht die Frage, wie ich soziale Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft im Ganzen beseitigen kann. Nur sollte man sich auch im Klaren sein, dass die Beseitigung von Ungerechtigkeiten nicht zwangsläufig die Probleme löst, die das Programm Interkultur adressiert. Diskussionen, dass etwa der Integrationsbegriff normativ aufgeladen ist, gibt es seit den siebziger Jahren. Oder Gleichheit: Das ist doch kein leerer Begriff. Gleichheit setzt ja eine Idee davon voraus, auf welcher Ebene man sich gleich sein soll. Und dann kann es natürlich auch sein, dass das die deutsche mittelständische Norm ist. Da verbirgt sich aber schon ein Prozess der Ausgrenzung und auch des Scheiterns, weil denen, die sich anpassen sollen, natürlich immer wieder klar gemacht wurde, wie defizitär sie eigentlich sind, während das, was sie mitbringen, überhaupt keine Wertschätzung erfährt. Und in diese Lücke stösst das Programm «Interkultur», das sagt, okay, wir können die Gleichheitsdiskussion führen. Aber diese Diskussion wird uns nicht erspart bleiben.

In St.Gallen gibt es ab diesem Sommer ein Solidaritätshaus – ein offenes Haus für alle, das auch Beratungen für Flüchtlinge und einen Mittagstisch für Leute mit wenig Geld anbietet. Funktioniert Solidarität heute noch?

Darauf kann ich nur eine spontane Antwort geben. Die Deutschen beispielsweise sind weiterhin sehr an Solidarität interessiert oder zumindest daran, den berühmten sozialen Frieden zu erhalten. Man kann immer wieder Leute damit ansprechen, dass andere Leute nicht arm werden dürfen – da sind alle dagegen. Auf der anderen Seite, und das ist tatsächlich Teil einer neoliberalen Politik, sagt man im Grunde ja, alle Individuen konkurrieren miteinander, und wer auf der Strecke bleibt, ist selbst schuld. Da schlägt dieses Moment

von Solidarität um. Man möchte zwar nicht, dass Leute arm werden, findet es aber eine Frechheit, wenn Leute arm sind. Ich glaube, man muss sich ziemlich gut überlegen, wie man diese Ambivalenz politisch adressiert. Die deutsche Mittelschicht hat nicht ganz zu Unrecht das Gefühl, sie müsse für alles bezahlen; das sind die Leute mit den meisten Steuerbelastungen, die müssen sowohl für die Finanzkrise als auch für Hartz IV bezahlen. Und die sind dann ununterbrochen empört, weil sie das Gefühl haben, das Geld werde ihnen aus der Tasche geleierte und anderen gegeben, wechselweise den Reichen und den Armen. Da muss man irgendwie rein und eine neue Idee von Solidarität entwickeln. Und dann gibt es natürlich eine traditionelle Mittelschicht, die vor allem – das hat die Sarrazin-Debatte gezeigt – mit sich selbst solidarisch ist. Die auf jeden Fall verhindern möchte, dass zu viele Leute dazukommen, die mit ihr konkurrieren. Das ist ein Phänomen, das man in der Schweiz kennt, dass es in zunehmendem Masse eine hochqualifizierte Einwanderung gibt, und dass man sich gegen diese Leute wendet, weil man das Gefühl hat, okay, die sind eine direkte Konkurrenz, die will man nicht da haben. Das ist wieder der Bereich der alten Seilschaften, wo Privilegien verteidigt werden und es auch eine Idee von Solidarität gibt, die aber eben das Netzwerk betrifft. Ich glaube, ich finde es recht erbärmlich, wie teilweise die Idee der Solidarität einfach fortgeschrieben wird, weil man sich da etwas flexibler drauf einstellen müsste.

Was wohl mit einem anderen Bild derer zu tun haben müsste, mit denen man solidarisch wird.

Ja, auf jeden Fall. Ein Teil dieser Solidarität, und da sind wir wieder bei der Norm und der Abweichung, bestand darin, dass man mit den armen Opfern solidarisch gewesen ist. Wenn die armen Opfer plötzlich keine Opfer mehr sind, wenn sie wahlweise kriminell oder korrupt sind oder Ansprüche stellen, dann geht die Post ab. Flüchtlinge sind Menschen mit einem teilweise erheblichen Horizont; die wollen was anderes von ihrem Leben und die wollen woanders hin. Es interessiert mich am Ende gar nicht, ob deren Geschichte von politischer Verfolgung stimmt oder nicht stimmt. Genauso interessiert es mich nicht, ob ein Jugendlicher, der hier aufgewachsen ist, besonders kriminell ist oder nicht. Das ist ein Problem unserer Gesellschaft, das können wir nicht einfach abschieben. Diese angebliche Macht, sich die «guten Subjekte» auszusuchen, hat man längst nicht mehr. Ich muss mit einer Gesellschaft rechnen, in der die Leute, mit denen ich solidarisch bin, mir näher und ferner zugleich sind.

**Patricia Holder, 1977,**  
ist Kulturwissenschaftlerin und  
arbeitet am Soziologischen  
Seminar der HSG.